

Berlin, 28. April 2014



Beschluss des Parteirats

## **Für ein Europa der Freizügigkeit – Willkommenskultur statt Ausgrenzung!**

Freizügigkeit ist gelebtes Europa. Daran erinnert der zehnte Jahrestag der EU-Osterweiterung, den wir am 1. Mai feiern. Die Freiheit, in einem Europa ohne Grenzen arbeiten, studieren und reisen zu können, ist eine der größten Errungenschaften der Europäischen Union. Diese Grundfreiheit verteidigen wir Grüne gegen billige Stimmungsmache und fremdenfeindliche Sprüche.

Wir Grüne machen uns stark für eine echte Willkommenskultur, die Vielfalt wertschätzt, gerechte Teilhabe möglich macht und Freizügigkeit als Chance erkennt. Dafür setzten wir uns ein - im Bund und in den Ländern, in Europa und in den Kommunen.

Die unerträgliche Stimmungsmache der CSU gegen Einwanderinnen und Einwanderer aus Bulgarien und Rumänien schürt Ängste und spaltet Europa. Für ein paar Wählerstimmen am rechten Rand verleugnet die CDU/CSU einen der grundlegenden Werte Europas. Das beleidigt die betroffenen Menschen und verkennt die Vorteile, die Freizügigkeit unserem Land brachte und bringt.

Die Freizügigkeit in der Europäischen Union hat Deutschland wirtschaftlich stärker, kulturell reicher und gesellschaftlich bunter gemacht. Hingegen haben sich populistische Warnungen vor vermeintlich drohender „Armutszuwanderung“ jedes Mal als falsch erwiesen – bei Aufnahme von Griechenland, Spanien und Portugal in die EU in den 80er Jahren ebenso wie bei der EU-Osterweiterung 2004. Rückblickend wissen wir: Ohne Einwanderung aus diesen Ländern wäre Deutschland heute in jeder Hinsicht ein ärmeres Land. Diese Erfolgsgeschichte kann sich mit der vollen Arbeitnehmerfreizügigkeit für Rumänen und Bulgaren fortsetzen.

Ein Großteil der Unionsbürgerinnen und -bürger aus Bulgarien und Rumänien sind hoch qualifizierte Fachkräfte, 22 Prozent haben einen Hochschulabschluss. Die meisten sind jung und wollen sich in Deutschland eine Perspektive aufbauen, die sie in ihrem Herkunftsland nicht sehen. Die Beschäftigtenquote von EinwanderInnen aus Bulgarien und Rumänien liegt im Bevölkerungsdurchschnitt und über dem Durchschnitt der ausländischen Bevölkerung. Und sie zahlen insgesamt mehr in die deutschen Sozialkassen ein, als sie herausbekommen. Das zeigt: Die Kampagne der CDU/CSU geht an den Fakten völlig vorbei. Statt sachlicher Diskussion und konstruktiven Vorschlägen schürt sie nur Ressentiment und Vorurteile.

Dadurch drohen sich Fehler der Vergangenheit zu wiederholen: Während Länder wie Großbritannien im Zuge der Osterweiterung erfolgreich um qualifizierte Fachkräfte warben, schränkte Deutschland die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit für sieben Jahre ein. Gefördert wurde dadurch nur die Schwarzarbeit in Grenzgebieten und den Fachkräftemangel im eigenen Land. Hochqualifizierte, IngenieurInnen und FacharbeiterInnen aus Osteuropa fassten in Irland, Schweden oder Großbritannien Fuß statt in Brandenburg oder Bayern, wo sie dringend gebraucht wurden und werden.

Statt Abschottung brauchen wir in Deutschland einen Wandel hin zu einer echten Willkommenskultur. Wir wollen EU-Bürgerinnen und -Bürger, die ihr Grundrecht auf Arbeitnehmerfreizügigkeit wahrnehmen, entsprechend der gemeinsamen europäischen Beschlüsse aktiv dabei unterstützen, hier eine Beschäftigung aufzunehmen. Dazu bedarf es unter anderem Programme der Sprachförderung, eine bessere Anerkennung ausländischer Qualifikationen und die Förderung beruflicher Aus- und Weiterbildung. Die jüngsten Pläne der Bundesregierung, Einreisesperren zu verhängen oder das Aufenthaltsrecht für arbeitssuchende UnionsbürgerInnen einzuschränken, lehnen wir ab. Sie sind europarechtlich fragwürdig und widersprechen unserem Verständnis eines gemeinsamen Europas. Auch ist es unredlich, die Regelungsdefizite im Sozialgesetzbuch in Bezug auf unterstützende Leistungen nun Europa in die Schuhe zu schieben.

Wir verschließen unsere Augen nicht vor den Herausforderungen, mit denen einzelne Kommunen und Stadtteile real konfrontiert sind. Es wäre unredlich zu behaupten, dass Einwanderung und Integration nicht auch mit Anstrengungen verbunden sind – und zwar für alle Beteiligten. Kommunen, die durch den Zuzug von niedrig qualifizierten UnionsbürgerInnen vor besonderen Herausforderungen stehen, benötigen zusätzliche Unterstützung vom Bund und den Ländern. Dazu wollen wir u.a. mit Hilfe des Programms „Soziale Stadt“ in besonders betroffenen Stadtvierteln Zugänge zu Wohnraum, Bildung, Arbeit, Gesundheit und Kultur erschließen. Kommunen in Haushaltsnotlagen wollen wir ermöglichen, sich an den Programmen der Städtebauförderung und des Europäischen Sozialfonds beteiligen zu können. Dazu muss der Bund gemeinsam mit Ländern, Kommunen und kommunalen Spitzenverbänden geeignete Lösungen finden.

Konstruktive Politik statt Stimmungsmache, Willkommenskultur statt Ausgrenzung – so gestalten wir ein Europa der Freizügigkeit. Grün für ein besseres Europa!